

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 24

Buchbesprechung: Der Buchtip
Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Wahldemokratie

Die Kommunisten fühlten sich im Frühjahr 1975 endgültig im Sattel (via MFA und Revolutionsrat) und äusserten ihre politischen Absichten zu früh. Sie begingen den gleichen taktischen Fehler wie Lenin 1917. Auch er hatte die Wahlen in die russische Konstituante Ende November 1917 nicht verhindern können, doch besass er die Macht, diese Anfang Januar 1918 auseinanderzutreiben, als sie sich weigerte, das Resultat des Oktoberputsches zu akzeptieren. In Portugal hingegen wurde das Volk nach der kommunistischen Wahlniederlage vom April 1975 — mindestens vorübergehend — zu einem direkten politischen Faktor.

Lenin wollte seine Partei rechtfertigen, indem er die Wahlen bagatellierte:

«Im November 1917, bei den Wahlen zur konstituierenden Versammlung, stimmten 9 von 36 Millionen Wählern für die Bolschewiken. Tatsächlich stellte sich aber die Mehrheit der Wähler zwar nicht bei der Stimmabgabe, wohl



Als ungehörig störrisch erwies sich für die KP die Landbevölkerung, die selber wusste, was sie wollte, statt ihre «objektiven Interessen» vertrauensvoll durch die Avantgarde vertreten zu lassen.

aber im Kampf hinter die Bolschewiken.» (Lenin: Gesammelte Werke, Bd. 45, S.174, russisch) Cunhal reagierte ähnlich:

«Die Auffassung, wonach die Stimmabgabe der einzige Massstab für Kraft und Einfluss der Partei sei, ist falsch. Die Wahlergebnisse drücken die Macht der PKP keinesfalls aus; sie zeigen nicht die Fähigkeit der PKP zur Mobilisierung der

PKP-Generalsekretär Alvaro Cunhal. In einem Interview für das ungarische Fernsehen am 17. November hat er gesagt, seine Partei wolle vor allem den Schutz der Freiheitsrechte; diese seien «untrennbar vom Schutz sämtlicher revolutionärer Errungenschaften» und «vom Weg des Sozialismus», den die PKP beschreite. Nach dieser Definition fügte Cunhal hinzu, die PKP wolle alle vereinen, welche die Freiheit verteidigen und schützen...



Volksmassen und die ihr in der portugiesischen Revolution notwendigerweise gebührende Rolle.» Die Wahlen seien für die KP eine Erfahrung, bedingen aber in der politischen Lage keine Änderungen von Belang. Die PKP werde «die Rolle der revolutionären Avantgarde der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes» weiterhin erfüllen. («Uj szo», Bratislava, 28. 4. 1975)

Vor dem ungarischen Fernsehen drückte er sich noch klarer aus: «Wir machen Revolution. Unsere Dynamik ist eine ganz andere: nicht die Dynamik der Wahlen, sondern die Dynamik der Revolution.» («Nepszabadsag», Budapest, 4. 5. 1975)

In seinem Interview für die «Prawda» (19. 5. 1975) sagte Cunhal: «Die Wahlen bilden einen Bestandteil des revolutionären Prozesses, aber sie sind kein entscheidender Faktor... Die Feinde der portugiesischen Demokratie und der PKP schwingen die Siegesfahnen zu früh. Wie vor den Wahlen, so ist auch heute die Beteiligung der Kommunisten am revolutionären Prozess auf allen Ebenen, inbegriffen die provisorische Regierung, eine unbedingte Notwendigkeit zur Garantie der Verteidigung von Freiheit und Aufbau der neuen portugiesischen Gesellschaft, die zum Sozialismus vorwärtsschreitet.»

Antonio Dias Laurencó, Mitglied der Politischen Kommission des ZK der PKP, gab der Ostberliner Parteizeitung «Neues Deutschland» ein Inter-

view, in dem er beanstandete, dass «gewisse Kräfte die Wahlen dem demokratischen Prozess gegenüberstellen, indem sie den Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung unbegründet zu grosse Bedeutung beimessen». Dann betonte er: «In grossen Teilen Portugals konnten die Wahlen noch kein freier Entscheid eines politisch aufgeklärten und selbstbewussten Volkes sein.» (Zitiert in «Uj szo», 20. 6. 1975)

Auch der damalige prokommunistische Ministerpräsident, Gonçaves, äusserte sich in diesem Sinne: «Wir wollen wegen der Wahlen nicht verlieren, was das Volk bis dahin unter grossen Anstrengungen erkämpfte...» («Nowe drogi», Warschau, Nr. 5/1975, S. 151)

Zur Wahlniederlage selbst wiederholte die PKP-Führung in einer grossen Anzahl von Erklärungen, es habe sich um eine Verschwörung der in- und ausländischen Reaktion gegen das portugiesische Volk gehandelt. Das (u. a. vom Vatikan) irreführte Volk habe dann gegen die KP gestimmt! Die erste Erklärung der PKP-Führung nach den Wahlen («Uj szo», 28. 4. 1975, S. 1) führte sogar die Wahldisziplin (92% der Wahlberechtigten machten von ihrem Recht Gebrauch) auf feindliche Agitation zurück, ferner auf Gewaltakte, Provokationen und Drohungen der Reaktion und der Linksextremen. Ueber die eigenen Wahlkommandos schwieg man sich natürlich aus. (Fortsetzung folgt)

Der Buchtip

Volksrepublik Schweiz

Ulrich Kigi: «Volksrepublik Schweiz 1998. Eine Politsatire». Walter-Verlag, Olten 1975, 132 Seiten, Fr. 17.80.

Vor bald vier Jahren hatten wir im «ZeitBild» (Nr. 4/1972) eine Samisdat-Satire veröffentlicht, die den Titel «Presseübersicht 1984» trug. Sie bestand in einer Sammlung fiktiver Zeitungsberichte aus einer beträchtlich grösser gewordenen sozialistischen und einer beträchtlich zusammengeschmolzenen kapitalistischen Welt.

Bezüglich des dann kommunistisch regierten Westeuropas ging der Autor so vor, dass er die

absolut normalen Verhältnisse seiner Heimat von 1971 auf Rom, London und Paris übertrug, was für den westlichen Leser von alleine zu Effekten von spassiger Unmöglichkeit führte. Und ähnlich komisch nahm sich der Zusammenprall mit dem imperialistischen System aus, bestehend aus USA plus Australien. Dargestellt in einem Notenwechsel zwischen Moskau und Washington, auf der Grundlage eines Unfalls, bei dem ein amerikanischer Bürger in New York von einem sowjetischen Diplomatenauto überfahren und getötet worden war. Die Note der UdSSR protestierte in aller Schärfe gegen die Provokation der entfesselten militaristischen Kreise und das neuerliche Verbrechen des amerikanischen Imperialismus. Washington beteuerte, dass die Untersuchung im Falle des überfahrenen A. Smith keine Vorsätzlichkeit seinerseits habe erkennen lassen, bedauerte die durch Glassplitter verursachten

Den Kopf aus dem Sand nehmen

Sie kennen ja das Andersen-Märchen von des Kaisers neuen Kleidern: Die Schneider redeten ihm ein, er habe noch nie so prächtige getragen, aber nur geschleihte Leute — offenbar Intellektuelle — vermöchten sie zu sehen. Die Begeisterung über des Kaisers neue Kleider kannte keine Grenzen, bis ein dummer Junge rief: Er ist ja ganz nackt!

Nackt sind auch die Enkel Lenins, ob sie nun in Russenblusen, im Mao-Look, mit Castro-Bart, als Guevara-Guerilleros oder mit Trotzki-Brillen durch die Lande streifen.

Nackt sind sie, weil sie unverdrossen Schnittmuster für Kleidungsstücke anbieten, die niemandem wirklich sitzen, und die deshalb auch kein einziges Volk freiwillig trägt; weil ihre Rezepte zur Erlösung der Menschheit noch jedesmal versagt haben. Warum sollte es ausgerechnet das nächstmal anders sein? Warum sollte aus diesem altbekannten Schnittmuster nicht eben gerade so eine abscheuliche Volksrepublik Schweiz herauspringen?

Nackt wie sie sind, halten sich die Enkel Lenins die Kälte mit vermehrter Gymnastik vom Leibe:

vermehrte Gymnastik in unserem eigenen Lande; viel wärmende Bewegung in anderen Gegenden Europas; intensives Fitness-Training vor allem aber auch in des Kaisers eigenem Reich beim Aufbau einer gigantischen Militärmaschine, die der kaiserlichen Mode gemäss als mächtigste Friedenswaffe aller Zeiten ausgegeben wird.

So mächtig, dass die Kaiserlichen des In- und Auslandes niemanden so sehr verabscheuen und fürchten wie die beiden Nobelpreisträger Solschenizyn und Sacharow, die für die ganze Welt — auch für uns — die Rolle des dummen Jungen auf sich genommen haben.

Mit meiner Polit-Satire möchte ich allen in diesem Lande einige Fragen stellen:

Jenen, die sich allen scheinheiligen Beteuerungen zum Trotz im Bannkreis der sowjetischen Politik bewegen: Ist diese VRS 1998 wirklich das, was ihr erträumt?

Oder umgekehrt: Warum kommt jedesmal das Gegenteil von dem heraus, was ihr vorher versprochen habt?

Jenen, welche die sozialistische Revolution ohne Moskau machen wollen: Welche Aussicht habt ihr, nicht genau wie alle eure Vorläufer ebenfalls unter die Dampfwalze zu geraten, sobald ihr nur einmal diesen demokratischen Rechtsstaat zerstört habt, der auch euch noch immer

den zuverlässigsten Schutz geboten hat? Alle faschistischen Tyrannen zusammen haben nicht so viele Kommunisten zu Tode gebracht wie eure eigene.

Aber auch auf die vielfältigen politischen und geistigen Kräfte, welche die schweizerische Demokratie tragen, warten einige Fragen:

Was müssen wir tun, damit wir nicht in der VRS landen? Wie ist die Demokratie lebendig zu erhalten, ohne sie ihren Gegnern auszuliefern?

Wie aber ist sie vor ihren Gegnern zu schützen, ohne dass sie sich selbst verleugnet?

Wie müsste eine Gesamtverteidigung aussehen, wenn das sowjetische Streben nach Absicherung in Westeuropa ohne Panzer zum Ziele kommt? Bei der Lektüre entdecken Sie vielleicht noch weitere Fragen, aber leider keine Antworten, weil ich keine habe.

Ich hoffe deshalb auf eine gründliche, offene Diskussion, auf den Entschluss, die neuartige Herausforderung sorgfältig zu analysieren, um ihr sinnvoll, wirksam entgegenzutreten zu können. Unsere Probleme und Schwierigkeiten sind zu gross geworden, als dass wir uns mit ideologischem Falschgeld loskaufen könnten.

Es wird Zeit, den Kopf aus dem Sand zu nehmen.

Ulrich Kägi bei der Verlagsvorstellung seines Buches am 28. Oktober 1975

Schnittwunden des sowjetischen Chauffeurs und bat die Sowjetregierung aufrichtig um Entschuldigung für den Vorfall.

Komisch? In einer Zeit, da ein Schlesinger schon nicht mehr sagen darf, wer überfahren wird, eigentlich nicht mehr so sehr. Und was Westeuropa angeht: Es hat sich schon angewöhnt, eine kommunistische Machtergreifung in Portugal als weitergeführten Kampf gegen den Faschismus gelten zu lassen, obwohl sie bloss die Einführung des Superfaschismus darstellt, es gewöhnt sich rasch daran, eine historische Kapitulation einen «historischen Kompromiss» zu nennen, und es ist ihm schon zur Selbstverständlichkeit geworden, unter progressiv das zu verstehen, was eine Annäherung an das Alternativsystem ist.

Es ist symptomatisch, dass es vornehmlich die Menschen im Osten und aus dem Osten sind, die uns anschaulich zu machen suchen, wie sich denn dieses Alternativsystem wirklich ausnimmt, und es war symptomatisch, dass uns jene «Presse-schau» aus der Sowjetunion vorgehalten werden musste. Aber schon unsere «Störefried»-Behandlung Solschenizyns zeigt an, dass wir uns «von dorthen» lieber auf die zensierte Wahrheit verlassen. Nicht notwendigerweise, um sie so ganz und gar zu glauben, aber doch um Ruhe zu haben.

*

Und in diese schon weiter fortgeschrittene Zeit kommt nun auch ein Schweizer, der uns mit einer projektierten Volksrepublik Schweiz die Ruhe nicht lassen will.

Ulrich Kägi widmet sein Buch dem «Gedenken an die sozialistische Zeitung ‚Republica‘, die im Mai 1975 in Lissabon von Kommunisten ermordet wurde». Aber es geht um das Gedenken an die Republik, die uns am nächsten liegt. Und es sollte eigentlich erschreckend sein, wie gut sich gerade dieses kleine, geborgene und demokra-

tische Land zur Aufdeckung der Symptome eignet. Welcher Symptome? Jener, die im Rahmen gut helvetischer Normalität auf eine Einladung zum Mord hinauslaufen. Angefangen damit, dass niemand erschrecken will, wenn man ihm seinen Mörder zeigt. Wieweit der Ermordete schuld ist, lässt sich dann fragen. Aber die Eignung zum Opfer ist etwas, was sich kultivieren lässt. Aktiv und passiv.

Die normalisierte Volksrepublik Schweiz führt uns Kägi im Jahre 1998 vor. Er tut das so, dass er den heutigen Alltag der sozialistischen Länder auf die Schweiz jenes Jahres überträgt; wir sehen einfach einen kommunistisch regierten Staat der siebziger Jahre auf schweizerische Verhältnisse angewandt.

Die spezifischen nationalen Gegebenheiten sind ungefähr ebenso berücksichtigt wie bei der sowjetinspirierten Wirklichkeit in Osteuropa. Vielleicht sogar noch etwas mehr, wenn man an die zur sozialistischen Besinnung zurückgebrachte CSSR denkt. Die Regierung zum Beispiel heisst dann immer noch «Bundesrat». Inhaltlich herrscht das Schema des Sowjetlagers. Nur soll man das nicht dem Autor anlasten, der es schliesslich nicht erfunden hat, sondern jenen, die es uns im grösseren Teil Europas bereits vormachen, und dann jenen, die es im angeknackten freien Teil Europas nachmachen wollen oder werden, was sie schon damit beweisen, dass sie unsere Freiheit als angeführte «Freiheit» ausgeben, die sozialistische Demokratie der andern Seite aber nicht als angebliche Demokratie herabgewürdigt sehen wollen. Und dass die Schablone keine Schwäche des Buches, sondern gerade lich keine Schwäche des Buches, sondern gerade sein politischer Witz. Anders wäre es ja keine Polit-Satire, sondern entschärfte Unterhaltungslektüre mit «human interest» statt Funktionsanalyse.

In einer Hinsicht freilich ist der Ausdruck «Polit-Satire» zu hoch gegriffen: die satirische Ueber-

treibung fehlt nämlich. Die «Karikatur», wenn man so will, beschränkt sich ganz und gar auf den Gebrauch der Uebertragung östlicher Verhältnisse auf unsere Landschaft, also auf die Spielregel selbst. Aber bei der Durchführung der Uebung gibt es keine Uebersteigerung. Das Groteske der Situation ergibt sich ohne schöpferische Phantasie; auch das gehört zum gewollten Witz des Buches.

Ja, die Elemente, aus denen der Alltag unserer künftigen Volksrepublik synthetisch zusammengesetzt ist, sind sogar praktisch durchwegs Belege (auf die mit Fussnoten hingewiesen wird). Die Genossen im Buch reden in ihren offiziellen Aeusserungen das «unmögliche» Papier mit seinem erschreckenden Inhalt daher, das ganz genau so aus dem Munde der regierenden und nichtregierenden Genossen von 1975 tönt. Und die Vorführung eines körperlich und geistig unvorstellbar strammen Militarismus bei Kindererziehung bis Soldatengelöbnis — es könnte die satirisch-übertriebene Sichtbarmachung eines (rechts-)faschistischen Regimes sein, aber es ist die platte Wirklichkeit jener Länder, die sich als Friedenslager ausgeben und damit keinen Protest unserer angeblich antimilitaristischen Kreise hervorrufen. Oder die Einkaufs- und Konsummöglichkeiten, die den Zuständen entsprechen, die man bei uns im Kriege hatte (ausser dass damals die Rationierung für alle galt), oder die Arbeitergehälter (im Osten möchte man unsere Arbeitslosenunterstützung als Salär haben), oder willkürliche Entlassungen vom Arbeitsplatz, welche die Gewerkschaften zu unterstützen und nicht etwa zu verhindern haben: das alles ist weder Satire noch Schimäre, sondern schlichte Uebertragung an Beispielen von akribischer Genauigkeit. (Der Autor vermerkt die Ueberprüfung durch Prof. Laszlo Revesz vom SOI.)

Und das alles ist ja erst noch bloss die Ware, für

(Fortsetzung auf Seite 10)

Der Buchtip

(Fortsetzung von Seite 10)

die man als Preis gezahlt hat, «einer abweichenden Auffassung wegen aus dem öffentlichen Verkehr gezogen zu werden».

*

Das also ist die unsatirisch behandelte Satire über den Stand der Nation im Jahre 1998. Erschreckend genug. Aber — und hier zeigt der Autor mehr auf, als es sein Samisdat-Kollege tun konnte — erschreckenderweise auch plausibel genug. Denn Kägi zeigt, wie es dazu kommen konnte. Durch eine sowjetische Invasion? Aber nein. Aber nein, durch die Weiterführung einer Entwicklung, wie sie bei uns so gut wie anderswo schon eingesetzt hat.

In der Retrospektive (junge Beamte lesen in der Landesbibliothek verbotenerweise alte Dokumente nach, im Kloster Engelberg diskutieren ehemalige Parteipolitiker die damals unerkannt fatalen siebziger Jahre, ein provisorisch aus dem Gefängnis entlassener Volksfeind erinnert sich) werden Mosaiksteine aus der Entstehung der Volksrepublik zusammengetragen. Sind es Marksteine? Die Sache ist unklar. Der kritische Punkt: gab es ihn überhaupt? Die Krankheit hatte einen progressiven Verlauf genommen.

Gewiss, es gibt den Umsturz. Kägi lässt ihn im Jahre 1986 stattfinden. Direkt ausgelöst wird er durch eine Entführungsaffäre. Eine mysteriöse Gruppe, die sich auf Flugblättern als «Schwarze Hand» ausgibt, hat sich des linkssozialistischen Nationalrats Peter Ochs bemächtigt und fordert vom Bundesrat das Verbot der PdA, Öffentlicher Entrüstungsturm, Demonstrationen: «Auch gemässigte Sozialdemokraten beschuldigen die Rechtsparteien wenn nicht gerade der Mittäterschaft, so doch der politischen Mitverantwortung.» (Vorfall vorausgesetzt: Ich glaube nicht, dass man für dieses Stimmungsbild bis 1986 zu warten brauchte.) Und dann betritt, unmittelbar vor einer Ratsabstimmung über den Beitritt zur RGW, Peter Ochs den Ratssaal. Er hat sich befreien können. Er weist auf die bürgerlichen Bänke hin: «Dort sitzen die Anstifter.» Die Bürgerlichen verlassen aus Protest den Saal. Der Rat beschliesst ihre Suspendierung bis zum Abschluss der Untersuchung über die Entführung und wählt einen neuen Bundesrat. Die bürgerliche Demokratie hat ihr Ende gefunden.

Das ist sozusagen das Krimi-Motiv des Buches, und nicht gar so überraschend ergibt sich gegen

Ende der Schrift, dass die Entführung eine Provokation gewesen war. Quatsch? Nein, bei herangereifter Lage pflegen massive Provokationen tatsächlich stattzufinden. Siehe den nachweisbar inszenierten «Spinola-Putsch» vom März 1975 in Portugal, der nicht nur dort seinen Zweck erfüllte, sondern auch hier als Anschlag der Rechten gelten gelassen wird.

Aber so oder anders: Die Entführungsaffäre, jenes Kriminaleinschießel, ist *nicht* die Erklärung, wieso es zur Volksdemokratie kam; sie fixiert lediglich den Zeitpunkt. Entscheidend ist die herangereifte Lage. Zu ihren unmittelbaren Motiven erfährt man einiges: Krise in internationaler Einbettung. Mitten in die schlechte Wirtschaftslage eine Volksinitiative zur Kontrolle der Preise und Gewinne, Kontrolle der Trusts und Kartelle, Kontrolle der Kapitalbewegung. Daraufhin Kapitalflucht und Massnahmen dagegen, die Strafe für den «Verrat des Finanzkapitals». Totaler Kollaps der Wirtschaft.

(Ist das erst Mitte der achtziger Jahre denkbar?)

Aber die politische Auffüllung der Krise war auch nicht unvorbereitet gekommen. Was aber war die Vorbereitung gewesen? Wo und wann hatte man eingespart?

*

Das letzte Kapitel des Buches trägt den Titel «Die Schwarze Hand», weil es die Auflösung der seinerzeitigen Entführungsaffäre bringt. Durch den seinerzeit entführten Peter Ochs, der im Jahre 1998 als frisch in Ungnade gefallenes Ex-Staatsoberhaupt am Ende der Handlung im Edelgefängnis von Engelberg mit seinen ehemaligen politischen Gegnern zusammenkommt. Aber zur inhaltlichen Hauptsache ist das Kapitel der Diskussion unter den Siegern und Besiegten von damals gewidmet. Und hier wird einiges zur Vorgeschichte der Geschichte erwogen:

«Vermutlich haben wir uns die besten geistigen Waffen, mit denen wir durchaus hätten angreifen können, von unsern progressiven Posaunisten, die sich sehr zielbewusst in unsere Massenmedien eingenistet hatten, allzu rasch aus der Hand schlagen lassen», gibt Rohr zu erwägen. «Jeder Missgriff unserer Polizisten liess unsere Kritik am sowjetischen Unrechtsstaat sogleich verstummen; ein Uebelstand in einem Erziehungsheim liess uns die Zwangsarbeitslager vergessen; die Mängel unserer Demokratie machten uns blind für die Abwesenheit jeglicher Demokratie in den sogenannten sozialistischen Staaten; vor lauter Gerede über die Manipulationen fielen wir ihr selbst zum Opfer und verloren die Proportionen aus den Augen.» (...)

«Diesen Punkt (wo die Entwicklung unsern Händen zu entgleiten begann, sagt Peter Ochs) sehe ich dort, wo wir uns überreden liessen, es gebe einen prinzipiell andern Weg zum Sozialismus als den sowjetischen. Genau genommen haben wir tatsächlich einen anderen Weg beschritten, doch das Ergebnis ist gleichwohl dasselbe. Und ein Zurück gibt es nicht mehr. Da steckt offenbar eine Art Gesetzmässigkeit dahinter.» (...)

Ochs fährt (...) fort: «Wenn wir uns hier schon als Scherbengericht konstituiert haben ... Also ich muss euch sagen: Ihr habt uns das Spiel sehr, sehr leicht gemacht!» (...)

«Also erstens haben unsere Militärs immer allzu militärisch, und unsere Politiker nur an die nächsten Wahlen gedacht; so haben es alle zusammen versäumt, eine Abwehrstrategie zu entwickeln,

Mitteilung an unsere Abonnenten

Erstmals seit vier Jahren sind wir zu einer Anpassung des Abonnementspreises an die gestiegenen Kosten gezwungen — wie alle Zeitungen. Ab 1. Januar 1976 kostet das ZeitBild Fr. 34.— im Jahr, d. h. Fr. 4.— mehr als bisher. Wir hoffen, den Preis nach dieser bescheidenen Erhöhung wiederum über längere Zeit halten zu können, und danken für Ihr Verständnis.

Administration ZeitBild

die der neuen Lage in der Welt und in Europa, wie sie sich im Verlaufe der siebziger Jahre allmählich herausbildete, angemessen gewesen wäre. Zweitens habt ihr lautstark gegen den Kommunismus gewettert, solange er für Westeuropa noch relativ ungefährlich war; aber als nach dem Rückzug der Amerikaner aus Europa die friedliche Uebernahme unseres Kontinents durch Moskau immer näherrückte, habt ihr auf jede kritische Auseinandersetzung verzichtet; habt euch nicht einmal die Mühe genommen, die Vorgänge im östlichen Teil Europas sorgfältig zu studieren, und die Bevölkerung habt ihr ihrer Ahnungslosigkeit überlassen. Da brauchte man euch bloss ein wenig als ‚Kalte Krieger‘ anzufachen, und schon habt ihr den Schwanz eingezogen. Sogar euer Solschenizyn ist euch doch recht lästig geworden. Stimmt's?» (...)

«Eine Abwehrstrategie», knüpft Markus Rohr an, «hätte wohl zum Ziele haben müssen, trotz unvermeidlicher äusserer Anpassung an die neuen Machtverhältnisse die innere Widerstandskraft um so zielbewusster zu stärken, sich der bewährten Salamtaktik, nach welcher Scheibe um Scheibe von unserem politischen Körper ab-

«Das Spielmaterial habe ich aus dem sozialistischen Lager statt zum Beispiel aus dem Spanien des Generals Franco bezogen, weil mir niemand bekannt ist, der unser Land nach den Lehren des grossen Cau-

Zitiert...

dillo ummodelln möchte. Andere hingegen, die es mit den Lehren des grossen Lenin versuchen wollen, sind Ihnen sicher ebenso gut bekannt wie mir.»

Ulrich Kägi in der Einleitung zur «Volksrepublik Schweiz 1998»



geschnitten wurde, zu widersetzen. Schon in den siebziger Jahren galt es zum Beispiel ja bereits als kompromittierend, noch irgendwelche Kontakte mit dem Ost-Institut zu unterhalten, obwohl gerade dort das Wissen darüber gestapelt wurde, wie eine Volksrepublik Schweiz einmal aussehen könnte. Aber wir liessen dieses Wissen verstauben. Dann wurden gewisse Nationalräte als „Blut-und-Boden-Politiker“ fertiggemacht, nur weil sie unserer Partei angehörten.» (...)

*

Man sieht: Kägis Buch ist unmöglich. Genau so unmöglich, wie es in der Weimarer Republik ein Buch über die nationalsozialistische Machtergreifung gewesen wäre. Es würde sich bei uns, die es angeht, weniger unmöglich machen, wenn es nicht so recht hätte.

Im «Tages-Anzeiger» vom 17. November 1975 endet Arthur Meyer seine Besprechung vom «einseitigen und perfiden Romanversuch» so: (Kägi) «müsste eigentlich hellhörig werden, von welcher Seite ihm heute so eifrig und lauthals Beifall geklatscht wird.»

Abgesehen davon, dass der Vorwurf schlechter Gesellschaft schon alleweil die inhaltliche Auseinandersetzung am bequemsten umging: Die Illustration zum Einspuren, das Kägi für die siebziger Jahre aufzeigt, könnte nicht treffender erfolgen.

Christian Brügger

Weiterungen

Zum Fall Neiswestnyj
(letzte Nummer, à propos Mensch)

Bis jetzt hat der Bildhauer Ernst Neiswestnyj von Kekkonen keine Antwort auf seinen Brief erhalten.

Die Behörden der Sowjetunion befassen sich inzwischen allerdings aktiv mit seinem Fall. Sie haben die Kriegserklärung Neiswestnyjs nicht ohne Antwort gelassen:

Zunächst ist der Bildhauer, dessen künstlerische Qualität immerhin soweit anerkannt wurde, dass man ihm die Schaffung des Grabmals für Chruschtschow anvertraute, aus dem Künstlerverband ausgeschlossen worden. Das berichteten unlängst amerikanische Touristen, aus Moskau zurückgekehrt. Danach war es nur folgerichtig, dem offiziell Nicht-mehr-Künstler sein dem Staat gehörendes Studio wegzunehmen. Ohne Neiswestnyj davon in Kenntnis zu setzen, erteilte man einem Photographen die Order auf ein Atelier. Auf Neiswestnyjs Atelier. Der neue Mieter wollte den Bildhauer zunächst überhaupt nicht hereinlassen, als dieser seine Sachen und einige erst begonnene oder nicht beendete grosse Arbeiten abholen wollte. Abzuholen gab es aber lediglich einen Haufen zerschlagener Skulpturen, Rahmen und Bilder.

Wie seine amerikanischen Besucher weiter gemeldet haben, drohen die Behörden nun, dem Nicht-Sowjetmenschen Neiswestnyj auch die sowjetische Wohnung wegzunehmen. Von einer Bewilligung der beantragten Ausreise dagegen ist keine Rede.

Neiswestnyj bewahrt Haltung. Er hat gemeinsam mit Amalrik, Roy Medwedew, General-Grigorenko, Prof. Jurij Orlow und anderen die Gratulation für Friedensnobelpreisträger Sacharow unterzeichnet.

HTD

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch
Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar-+ Leihkasse Bern 153 400 203, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise
Fr. 30.- jährlich (Ausland Fr. 33.-, DM 30.-)
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-
(Ausland Fr. 22.-, DM 20.-)
Halbjahr Fr. 16.- (Ausland Fr. 17.-, DM 16.-)
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

Briefe

Das unbekannte KGB

Eine Berner Tageszeitung brachte am 14. November einen Leserbrief zu einer früheren Sendung des Schweizer Fernsehens über «die Un-taten» des amerikanischen Geheimdienstes CIA, die angeprangert wurden. Er schliesst mit folgender Bitte: «Das, wie doch immer behauptet wird, politisch neutrale Schweizer Fernsehen könnte seine ausgewogene Berichterstattung beweisen, indem es vielleicht in nächster Zukunft eine Sendung über die Tätigkeit des sowjetischen Geheimdienstes MWD ausstrahlt. Vielleicht wird dann im Vergleich die CIA nicht einmal so schlecht dastehen.»

Darf ich mich der Bitte anschliessen? Mit einem Allerdings: Allerdings heisst er heute KGB, der Geheimdienst der UdSSR, *Komitet Gossudarstwennoj Besopasnosti* (Komitee für Staatssicherheit), nachdem von Tscheka über GPU, NKWD und MGB, *Ministerstwo Gossudarstwennoj Besopasnosti*, mehrere Umtaufen stattgefunden hatten, in der Regel anlässlich des Ablebens, so oder anders, des jeweiligen Chef-Tschekisten. Es geschah 1941, dass man die proletarischen Volkskommissariate wieder in Ministerien umbenannte; damals teilte man auch die Kompetenzen des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) unter MGB und MWD, *Ministerstwo Wnutrennich Del* (Innenministerium), auf. Die beiden Institutionen hatten am Kusnezki-Most ein gemeinsames Empfangszimmer: ein Schalter erteilte Passierscheine fürs MWD, der andere fürs MGB.

Der Schweizer Leser weiss das nicht; ich mache ihm da keinen Vorwurf — er hat die Initialen etwas durcheinandergebracht. In der Tat, eine TV-Serie über das KGB könnte den Wissensstand des Schweizer Fernsehpublikums diesbezüglich vom ungefähren Nullpunkt auf die Höhen der Kenntnisse über die CIA heben. Es ist nur zu befürchten, dass die CIA im Vergleich zum KGB bezüglich Einsatz und Ausbeute kläglich dastehen wird.

Q.

à propos Mensch

Sage mir, was du unter «Glück» verstehst ...

Am jüngst stattgehabten Frauen-Weltkongress in Ost-Berlin hat eine Korrespondentin des «Ogonjok» prominente Frauen interviewt (Nr. 44/1975, S. 6—7). Darunter Mirjam Vire-Tuominen, finnische (kommunistische) Parlamentsabgeordnete, Generalsekretärin des finnischen Friedenskämpferverbandes, Präsidiumsmitglied am Frauenkongress. Sie «hat 26 Jahre dem Kampf für Frieden und Gleichberechtigung der Frauen hingegeben»; 1946 wurde sie Mitglied der KP, 1949 vertrat sie Finnland am 1. Weltfriedenskongress; am 2. Kongress 1950 gründete man den Weltfriedensrat, in dessen Präsidium Frau Vire-Tuominen ebenfalls sitzt.

«Ihre Vorstellung vom Glück?» wurde sie von der Korrespondentin gefragt.

«Kampf! Der Kampf im Namen eines nicht nur persönlichen Glückes, sondern des allgemeinhenschlichen. Manchmal fordert er dem Menschen all seine Kräfte ab, doch wie interessant, wie sinn-erfüllt wird das Leben, wenn man seinen Platz in diesem Kampf gefunden hat!»

Klingt opfervoll-altruistisch, ist aber — vorsichtig gesagt — problematisch.

Denn sie bezieht sich da auf eine (absolut gesetzte) Vorstellung von «allgemeinhenschlichem Glück», das noch kostbarer sei als ein «nur persönliches Glück» und das nach Chruschtschow wieder in unbestimmter Zukunft angesiedelt wird: denn gemeint ist damit offenbar der utopische «Vollkommunismus».

Das Problem ist die intolerante Haltung, die Madame zu ihren für sie sinn-gebenden Kämpfen beflügelt. Aber ich will dieses der gesamten Menschheit zugedachte «Glück» nicht haben, und Wahlen haben bisher weltweit gezeigt, von Russland 1917 bis Portugal 1975, dass die überwiegende Mehrheit ein anderes Glück vorzieht. Die Motivierung von Mirjams Kampf — uns übrigen zum ungewollten «Glück» zu zwingen — macht ihn höchst suspekt, macht den daraus abgeleiteten Sinn fragwürdig. Würde nicht auch sie über Leichen schreiten, um recht zu behalten? Um ihr Kämpferglück zu behalten?

«Die marxistische Ansicht, dass die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau mit der Befreiung von der Ausbeutung aller unterdrückten Klassen und Schichten verbunden ist, wurde (z. B. auch) von Tausenden Bulgarinnen aufgenommen. Viele von ihnen verteidigten diese Idee mit der Waffe in der Hand unter Einsatz ihres Lebens.» («Bulgarien heute», Nr. 3/1975)

Klingt opfervoll-heroisch-defensiv, aber dieweil ich sozialistische Gleichberechtigung für nicht gerecht und auch nicht gerechtfertigt halte, fühle ich jene Waffe auf mich gerichtet. Frau Vire-Tuominen, ich glaube nicht, dass Sie die glücklichste Variante von Glück gewählt haben ...

HTD